

trautheit Kratochwils mit der deutschen Literatur verwundert, daß hier die so wichtigen, ähnlich argumentierenden Arbeiten R. Alexys nicht einmal erwähnt werden. Schließlich hat eine solche "konstruktionistische" (249; es müßte wohl heißen: konstruktivistische) Sicht des Rechts Auswirkungen sowohl für die Auffassung der Menschenrechte (sie sind nicht "presocietal", auch wenn sie als "demands against society" formuliert werden (171)) wie des Völkerrechts: Durch seine "constitutive rules" wird "the game of international relations" (251) eigentlich erst definiert. Dies sollte der Analyse internationaler Normen auch in Zukunft einen Platz auf der Agenda der Erforschung internationaler Beziehungen sichern. Kratochwils Buch kann dazu einen Beitrag leisten.

Martin List

Dietmar Herz

Frieden durch Handel - Zur Außen- und Außenwirtschaftspolitik der Roosevelt-Administration in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre

Münchener Studien zur internationalen Entwicklung, Bd. 6, hrsg. von *Peter J. Opitz* und *Friedemann Büttner*

Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main - Bern - New York - Paris, 1987, 185 S., sFr. 57,00

Das Weltwirtschafts- und Währungssystem der Nachkriegszeit ist in der in Bretton Woods und Havanna konzipierten Form spätestens mit der Aufgabe des Goldstandards durch die Nixon-Administration im Jahre 1971 gescheitert. Vordergründig waren v.a. Zahlungsbilanzprobleme der USA die Ursache, hinter denen sich jedoch nur eine tiefere Krise der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten verbirgt. Die nunmehr zutagegetretenen Defizite dieses Systems werden anhand einer Beschreibung seiner Genese verständlich. Eine solche kann nur interdisziplinär, d.h. unter Berücksichtigung der ideengeschichtlichen, wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Entstehungszusammenhänge erfolgen.

Diese hat Herz in seiner 1987 am Münchner Geschwister-Scholl-Institut entstandenen politikwissenschaftlichen Magisterarbeit untersucht.

Bereits einleitend verweist der Verfasser auf einen dem System von Bretton Woods immanenten Konstruktionsfehler (S. 17 f.): Ihm zufolge demonstriert die Inaktivität der - von den USA dominierten und damit in deren Krise auch paralysierten - Institutionen IMF, IBRD und GATT, daß zwar das Funktionieren des 1944 konzipierten Weltwirtschaftssystems einerseits eine seine Aufrechterhaltung garantierende Hegemonialmacht (leider definiert der Verfasser diesen Terminus nicht näher) erforderte, gleichzeitig jedoch die Aufrechterhaltung eben dieser Hegemonialstellung die wirtschaftliche Entwicklung der Führungsmacht USA behinderte und schließlich überforderte. Eine Untersuchung der Frage,

inwieweit dieses Weltwirtschaftssystem auf die Bedürfnisse der USA zugeschnitten wurde, indiziert damit auch seine Reformbedürftigkeit und -fähigkeit nach Wegfall eben dieser Führungsmacht.

Angesichts der Fülle bereits erschienener Literatur beschränkt Herz sich auf die Frühphase der Konzipierung des Systems in den Jahren 1933-1939. Ausgangspunkt seiner Darstellung der US-Außen(handels)politik dieser Zeit ist die Analyse ihrer politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen (S. 30 ff.).

Diese wurden in den Jahren des Aufstiegs der USA zum bestimmenden Faktor der internationalen Politik durch das Britische Empire und die späteren Achsenmächte Deutsches Reich, Japan und Italien gesetzt. Sie, die Weltwirtschaftskrise ab 1929 sowie der Amtsantritt der - erstmals seit langer Zeit wieder von Demokraten geführten - Roosevelt-Administration 1933 führten zu einer Neuorientierung der Außen- und Wirtschaftspolitik der USA im Sinne des "New Deal" sowie der Abkehr von einer "isolationistischen Selbstbeschränkung".

Letztere bildete auch einen entscheidenden Schwachpunkt des durch die Pariser Vorortverträge 1919, die Verträge von Washington 1921/22 sowie den Völkerbund statuierten Staatensystems, schloß sie doch eine universell stabilisierende Geltung dieser Verträge aus und führte zu einem Auseinanderfallen zwischen politischer Garantiemacht und wirtschaftlicher Hegemonialmacht, zwischen dem wirtschaftlich und militärisch zunehmend überforderten Britischen Empire und den außenpolitisch eher abstinenteren USA. Dieser Widerspruch erschwerte konsequente Reaktionen auf die politischen und militärischen Krisen der dreißiger Jahre, wie sie insbesondere durch die immer aggressivere Außenpolitik Italiens, Japans und Deutschlands ausgelöst wurden. Deren Nichtakzeptanz der internationalen Ordnung von 1919 mußte zwangsläufig die "nominelle" Garantiemacht eben dieses internationalen Systems, i.e. das Britische Empire und damit das System selbst gefährden.

In dieser Lage boten sich die USA als "natürliche" Verbündete an, bedrohten aber zugleich die britische Weltmachtstellung, da sie im Falle globaler Krisen Großbritannien voraussehbar als Weltmacht ablösen würden. Die englische Außenpolitik reagierte darauf nicht mit Rückzug, sondern versuchte, durch Rüstungskontroll-, d.h. v.a. Flottenabkommen den Status quo im Wesentlichen zu retten: Gleichzeitig wurde das Empire politisch durch das "Statute of Westminster" von 1931 und wirtschaftlich durch die Errichtung einer Wirtschafts- und Zollpräferenzzone im Gefolge der "Imperial Conference" von Ottawa 1932 sowie die währungspolitische Installation des "Sterling-Blocks" umstrukturiert. Zusammen mit den Autarkiebestrebungen der Achsenmächte sowie der UdSSR führte dies zu einer Parzellierung der Weltwirtschaft in geschlossene Wirtschaftsräume und damit zu einer drastischen Schrumpfung des Welthandels, die im Verein mit der aggressiven Expansionspolitik dieser Staaten die amerikanische Exportwirtschaft beeinträchtigte und damit die USA - vornehmlich auch aus innenpolitischen Gründen - unter Handlungsdruck setzte. Außenpolitisches Handeln bedarf jedoch einer nach innen wie nach außen legitimierenden Begründung. In einem zweiten, ideengeschichtlichen Abschnitt zeigt Herz die einzigartige Verbindung auf, welche die gedanklichen Traditionen des - für die amerikanische Export-

wirtschaft essentiellen - Freihandelsprinzips mit derjenigen einer "mission of America" im politischen Denken der USA eingingen (S. 80 ff.). Ausgangspunkt war die schon für die ersten puritanischen Auswanderer des frühen 17. Jahrhunderts maßgebliche und bis heute gültige, biblisch motivierte Vorstellung einer göttlichen Auserwähltheit der amerikanischen Nation als der "City on the Hill". Deren praktische Umsetzung erfolgte durch die Synthese, welche die klassische Freihandelslehre, deren historische Entwicklung und Rezeption der Autor detailliert nachzeichnet, und der amerikanische Mythos der "(new) frontiers" im Sinne einer nicht mehr nur territorial, sondern auch wirtschaftlich, politisch und ideologisch gemeinten Vorverlegung der amerikanischen Grenzen, eingingen. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden so Konzepte eines - durch globale militärische Präsenz gesicherten - weltumspannenden Freihandelsimperiums der USA.

Den Beginn der Verwirklichung dieser Ideen durch die Außen(handels)politik der Roosevelt-Administration ab März 1933 behandelt der dritte Teil der Untersuchung (S. 109 ff.). Ausgehend von der These, daß außenpolitische Entscheidungen sich immer auch als Resultante innergouvernementaler "Machtkämpfe" verstehen, beschreibt Herz zunächst die heterogenen Machtzentren um den Präsidenten und den innenpolitischen Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Diese machen das anfängliche außenpolitische Lavieren zwischen Isolationismus und "Internationalismus" bis zur berühmten "Quarantäne"-Rede Roosevelts von 1937 ebenso verständlich wie die frühen außenwirtschaftlichen Fehlschläge (z.B. der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933).

Die Wende erfolgte mit dem "Reciprocal Trade Agreement Amendment" (RTAA) von 1934. Dieses ermächtigte den Präsidenten zum Abschluß von Handelsverträgen, welche die bestehenden Zollsätze um bis zu 50 % reduzierten, sofern sie eine nicht nur bilaterale, sondern unbedingte, omnilaterale, d.h. für alle anderen Staaten geltende Meistbegünstigungsklausel enthielten. Unmittelbares Ziel war die Eröffnung neuer Märkte für die amerikanische Außenwirtschaft. Langfristig erwartete die US-Regierung, daß derartige Handelsverträge multiplikatorisch wirken, zu einer dem Freihandelsprinzip verpflichteten Weltwirtschaftsordnung führen und dadurch wiederum langfristig den Weltfrieden sichern würden.

Nach Herz' Auffassung (S. 157) waren mit Verabschiedung des RTAA und des währungspolitisch korrelierenden "Gold Reserve Act" die Grundlagen für ein Weltwirtschaftssystem geschaffen; denn ein liberalistisch organisierter Welthandel, feste Wechselkurse mit dem Dollar als Leitwährung und Institutionen, welche dieses System schützen sollten, waren auch die Grundlagen der Ordnung von Bretton Woods und Havanna. Daß der Verfasser hier nicht näher spezifiziert, ist das vielleicht einzige Manko seiner Untersuchung. Jedoch wird - nicht zuletzt in der Anekdote (S. 166) über die Entstehung des Namens "United Nations" - deutlich, wie inneramerikanische, dortigen Denktraditionen und Interessen verhaftete Ordnungsmodelle zur Schaffung eines durch die Vereinten Nationen flankierten Weltwirtschaftssystems führten, dessen Basis die amerikanische Gesetzgebung der frühen dreißiger Jahre war.

Zum Abschluß seiner mit souveräner historischer Perspektive entwickelten Untersuchung wirft Herz einen Ausblick auf die Entwicklung der Nachkriegszeit (S. 167 ff.). Hatten sich die USA aufgrund ihrer 1944/45 bestehenden Präponderanz mit den wirtschaftlich in Bretton Woods und politisch in Dumbarton Oaks zu treffenden Entscheidungen noch weitestgehend durchgesetzt, wurde ihre Konzeption jedoch nicht dauerhafte Realität: Anhand der Rahmenbedingungen der dreißiger Jahre gebildet, ließ sie sich von Anfang an nicht auf die Situation nach 1945 übertragen; die politisch von den USA nicht mehr kontrollierten Folgen der Dekolonisierung, die zunehmende Konkurrenz - politisch der UdSSR, wirtschaftlich Japans und der EG - weichten die für den Erhalt des Systems notwendige Vormachtstellung der USA auf. Die gegenseitige politische und wirtschaftliche Blockierung machte die Reformbedürftigkeit des Weltwirtschaftssystems spätestens seit Ende der sechziger Jahre evident. Jedoch kam es auch dazu nicht: zwar war gegen den Willen der USA eine Reform nicht möglich, indes waren die Vereinigten Staaten auch nicht mehr in der Lage, ihrerseits anderen Staaten ihre währungs- und handelspolitischen Vorstellungen aufzuzwingen.

Marco Núñez-Müller

Klaus Horn

Gewalt - Aggression - Krieg. Studien zu einer psychoanalytisch orientierten Sozialpsychologie des Friedens

Nomos-Verlag, Baden-Baden 1988, 299 S., DM 39,-

Im Alter von 51 Jahren ist Klaus Horn, Sozialwissenschaftler der Kritischen Theorie und Pfadfinder für eine psychoanalytisch-sozialpsychologisch orientierte Friedens- und Konfliktforschung, im Juli 1985 jäh gestorben; mitten aus Ideen und Plänen heraus, denen er sein persönliches Engagement gewidmet hatte. In diesem Sammelband finden sich nun neun bereits veröffentlichte Essays und ein unvollendetes Manuskript aus seinem Nachlaß. Eva Senghaas-Knobloch, die während der vergangenen Jahre mit dem Frankfurter Wissenschaftler intensiv zusammengearbeitet hat, wählte die einzelnen Beiträge aus und verfaßte das editorische Vorwort. Darin verweist sie auf die enge Verbundenheit Horns mit der Kritischen Theorie von Adorno, Horkheimer und Habermas. Diese wissenschaftstheoretische Position vertritt der Autor mehr oder weniger deutlich in allen hier dokumentierten Texten, die zwischen 1968 und 1987 in verschiedenen Büchern und Zeitschriften erstmals zu lesen waren.

Herausgeberin Eva Senghaas-Knobloch hat bei der Aneinanderreihung der Texte eine glückliche Hand besessen und auf eine sinnvolle inhaltliche Verknüpfung geachtet. So beginnt dieser Überblick über das Schaffen von Klaus Horn mit einem Essay "Über den